Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Durlacher Tagblatt. 1920-1964
1932

131 (8.6.1932)

Visual Library

Durlacher Tageblatt

(Durlacher Wochenblatt gegründet 1829) mit den amtlichen Bekanntmachungen für den Amtsbezirk Karlsruhe.

Erscheint täglich nachmittags, Sonn- u. Feiertage ausgenommen. Bezugspreis: Durch unsere Boten frei ins Haus im Stadtbereich monatlich 1,70 Mark. Einzelnummer und Belegblatt 10 Pfennig.

Druck u. Verlag: Buchdruckerei A. Dutz, Durlach, Mittelstr. 6. Fernsprecher 204. Postscheckkonto Karlsruhe Nr. 10101.

Anzeigenberechnung: Die 8gespaltene Millimeterzeile 8 Pfennig, Reklamezeile 25 Pfennig. Schluß der Anzeigenannahme tags zuvor nachm. 4 Uhr, für dringliche Familienanzeigen am Erscheinungstag 7,9 Uhr vorm. Für Platzvorschriften und Tag der Aufnahme kann keine Gewähr übernommen werden. Im Falle höherer Gewalt hat der Bezieher keine Ansprüche bei verspätetem oder Nichterscheinen der Zeitung.

Nr. 131 — Mittwoch, den 8. Juni 1932 — 103. Jahrgang

Kurze Tagesübersicht

Die deutsche Delegation für Lausanne, der die Reichsminister Freiherr von Neurath, Graf Schwerin und Professor Warmbold angehören werden, wird nächsten Dienstag abreisen.

•

Zwischen der Reichsregierung und der preußischen Regierung fanden Besprechungen über den Verkauf der Siedlungsbank an das Reich statt.

•

Der Aeltestenrat des preußischen Landtages wird am 10. Juni zur Entscheidung über eine etwaige frühere Landtagseinberufung zusammentreten.

•

Das Kabinett Herriot hat sich der zum erstenmal zusammengetretenen neuen Kammer mit einer Regierungserklärung vorgestellt, wobei die Erwähnung des unveräußerlichen Rechtes Frankreichs auf Reparationen von der gesamten Kammer mit Beifall aufgenommen wurde.

•

Der Ständige Internationale Gerichtshof hat in dem französisch-schweizerischen Zonenstreit endgültig gegen Frankreich entschieden.

•

In dem Gubener Mordprozeß verurteilte das Schwurgericht die Angeklagte Frau Ziehm und ihre Mutter Frau Ladewig wegen gemeinsamen Mordes zum Tode.

•

Am Schlusse der allgemeinen Aussprache über die Regierungserklärung des neuen Kabinetts erhielt die Regierung Herriot am Dienstag abend mit 390 gegen 152 Stimmen der Rechten eine Mehrheit von 238 Stimmen. Die Gruppe Tardieu hat gegen die Regierung gestimmt.

•

Am Dienstag nachmittag fand in Dublin die Zusammenkunft zwischen den englischen Kabinettsministern Thomas und Lord Hailsham und dem irischen Ministerpräsidenten de Valera statt, die sich mit den englisch-irischen Streitfragen befaßt haben dürfte. Die Verhandlungen werden am Freitag in London unter Teilnahme de Valeras fortgesetzt werden.

Nirgends Anzeichen einer Besserung

Verschärfte Deflationskrise in Deutschland

Mit großer Sorgfalt untersucht der neueste Bericht des Instituts für Konjunkturforschung die gegenwärtige Lage und die Tendenzen, die voraussichtlich die künftige Entwicklung bestimmen. Dabei kommt das Institut zu der allgemeinen Feststellung, daß die weltwirtschaftliche Krisensituation noch keine wesentlichen Veränderungen erfahren habe. Allerdings wird eine weitgehende Differenzierung zwischen den einzelnen Staaten vorgenommen. Besonders tragisch muß es uns berühren, daß die Lage Deutschlands ungewöhnlich schlecht charakterisiert wird. Mehrere Faktoren haben zusammengewirkt, die Krise noch weiter zu verschärfen. In erster Linie gehört dazu die Schrumpfung des deutschen Außenhandels, der durch den Einfluß der Zollpolitik und der Absperrungsmaßnahmen der europäischen Staaten weit stärker gesunken ist, als der Welthandel im gleichen Zeitraum, der außerdem schwer unter der Konkurrenz Englands zu leiden hat, das noch immer über einen erheblichen Valutavorsprung verfügt. Dies hat dazu geführt, daß auch der prozentuale Anteil der Exportquote an der Warenproduktion gesunken ist und zwar von 36 Prozent auf 31 Prozent.

Daraus ergeben sich auch für die deutsche Devisenlage schwerwiegende Folgerungen. Da eine Einfuhrdrosselung kaum mehr möglich ist, wird Deutschland binnen kurzem nicht mehr in der Lage sein, seinen Schuldverpflichtungen, d. h. der Bezahlung der Zinsen und der Amortisation, nachzukommen. Um eine weitere Zuspitzung zu verhindern, bleibt kein anderer Weg, als neue Verhandlungen mit den Gläubigern aufzunehmen, um rechtzeitig eine Verlängerung der mittelfristigen Kredite zu erreichen, eine weitere Verringerung der Rückzahlungen und eine Senkung der Zinssätze. Wie schwierig dies alles sein wird, geht schon allein aus den Verhandlungen mit den europäischen Ländern wegen der Devisen hervor. Es ist zu einer Zuspitzung unserer Beziehungen mit Holland und Italien gekommen, und wenn daraus auch vielleicht keine politischen Verwicklungen erwachsen, ist zu befürchten, daß die an sich schon stark geschrumpfte deutsche Ausfuhr neuen Hemmungen unterworfen wird. Damit wäre gleichbedeutend eine weitere Schrumpfung der deutschen Warenproduktion und alle Folgen, die sich daraus ergeben müssen, Ansteigen der Arbeitslosigkeit, weiteres Sinken des Einkommens, kurz, alle Begleiterscheinungen einer verschärften Deflation.

Etwas günstiger beurteilt das Institut für Konjunkturforschung die Lage Englands. Seit einem Jahre ist ein völliger Umschwung der Welt gegenüber England eingetreten. Das Vertrauen zur Pfundwährung, das durch die Aufgabe des Goldstandards aufs schwerste erschüttert worden war, ist in so starkem Maße zurückgekehrt, daß England wieder zum Sammelbecken aller noch freiwerdenden Kapitalien geworden ist. Hierhin wenden sich die Fluchtgelder. Aus Furcht vor einer Dollarkrise haben auch die Abwanderungen amerikanischen Kapitals immer größere Formen angenommen.

Auf die Dauer der Zeit muß Frankreichs wirtschaftliche Stellung geschwächt werden. Seine Zahlungsbilanz wird in steigendem Maße passiv, da die Exportausfälle mit dem Rückgang der Einnahmen aus Zinsen, Dividenden, Kapitaltilgungen sowie mit der Beendigung der Reparationszahlungen zusammenfallen. Ein Ausgleich wird vorläufig durch die Rückrufung französischer Auslandsguthaben erreicht. Aber je mehr französische Gelder in die Heimat zurückkehren, desto mehr sinkt die Vormachtstellung Frankreichs auf wirtschaftlichem Gebiete, die es durch sie inne hat. Man darf jedoch hierbei nicht außer Acht lassen, daß die Erschütterung der Vormachtstellung Frankreichs auf dem Wege eines langwierigen Prozesses vor sich gehen kann, so daß man im Augenblick seine Lage wohl für geschwächt, aber nicht für erschüttert ansehen muß.

Der Bericht des Instituts für Konjunkturforschung glaubt den kreditpolitischen Maßnahmen der Vereinigten Staaten eine günstige Prognose stellen zu können, da hier ein systematischer Aufbau von unten durchgeführt werde, der nach Festigung der Lage der Banken ein allmähliches Wiederanziehen der Konjunktur zur Folge haben müsse. Im Gegensatz dazu betreibe die Reichsbank noch immer eine zu starre Kreditpolitik, wenn auch zu berücksichtigen sei, daß die Devisenlage eine Sonderentwicklung bedinge.

Anzeichen einer Konjunkturbesserung sieht der Bericht des Instituts für Konjunkturforschung nirgends. Immer wieder wird in den Vordergrund geschoben, daß in starkem Maße die künftige Entwicklung von politischen Entscheidungen abhängig sei. Wohl machten sich Tendenzen zu einer Stabilität der Lage geltend. In einer Reihe von Rohstoffländern sei das weitere Absinken der Preise gestoppt worden, aber eine neue Verwirrung könne dadurch hervorgerufen werden, daß Länder, in denen die Deflationspolitik eine unerträgliche Form angenommen habe, sehr leicht zu einer Inflationspolitik kommen können, womit der mühsame Versuch anderer Staaten, zu einer neuen weltwirtschaftlichen Ordnung zu kommen, wiederum vernichtet werde

Grundsätzliche Beschlüsse des Reichskabinetts

T.U. **Berlin**, 7. Juni. Amtlich wird mitgeteilt: Das Reichskabinett faßte heute grundsätzliche Beschlüsse über die Sicherstellung der Reichsfinanzen.

Die Reichsressorts wurden angewiesen, weitere Ersparnisse für den Reichshaushalt 1932 noch über den bereits vorliegenden Haushaltsplan hinaus anzumelden.

Ferner setzte das Reichskabinett unter anderem die Beratung über das ländliche Siedlungswesen fort, das durch Beschluß vom 3. Juni 1932 dem Reichsernährungsminister zugewiesen wurde.

Die neuen geplanten Ersparnisse im Reichshaushalt

T.U. **Berlin**, 8. Juni. Wie die „D.A.Z. zu der Anweisung der Reichsregierung an die Reichsressorts, weitere Ersparnisse für den Reichshaushalt 1932 anzumelden, ergänzend erfährt, betreffen die geplanten Ersparnisse eine ganze Reihe von Ressorts. In erster Linie würden sie sich auf den Versicherungshaushalt erstrecken. Dieser Haushalt, der rund 3 Milliarden erfordere, und zwar für die Arbeitslosenfürsorge in ihren verschiedenen Zweigen, solle an wichtigen Punkten geändert werden. Auch für die Deckung der trotz der Ersparnis übrigbleibenden Fehlbeträge sollen in den Beratungen des Kabinetts neue, von den bisherigen Plänen abweichende Ideen entwickelt worden sein. Bei der Arbeitslosenhilfe werde nicht an grundlegende Verwaltungsänderungen gedacht, die nach Ansicht der zuständigen Ministerien kaum die erhofften Ersparnisse bringen werden. Die Idee einer Zusammenlegung der verschiedenen Versicherungszweige sei in den Hintergrund getreten gegenüber der Absicht, der Reichsanstalt die Kontrolle zu belassen, die Gemeinden aber stärker heranzuziehen und vor allem die Unterstützungssätze, die in den einzelnen Versicherungsarten zwischen 54 und 50 Mk. Durchschnitt liegen, weiter zu senken. Die Ersparnisse, die dadurch eintreten, seien sehr beträchtlich. Das neue Kabinett habe sich im allgemeinen an die Pläne der alten Regierung gehalten. Es sei auch von der sofortigen Einführung einer Bedürftigkeitsprüfung Abstand genommen worden, die als Gefährdung des Sparwillens lebhafte Bedenken ausgelöst habe. Da ein Beschreiten des Kreditweges abgelehnt worden sei — neben dem Reichsfinanzminister hätten sich auch andere Kabinettsminister ganz energisch gegen derartige Vorschläge gewandt — bleibe für die Deckung der Fehlbeträge nur die Inanspruchnahme einer gewissen Mehreinnahme übrig. Das Kabinett werde zwar nicht die ursprünglich geplante Beschäftigtensteuer einführen, aber eine ähnliche, vielleicht nur anders genannte und statt auf 1½ v. H. nur auf 1 v. H. bemessene Abgabe gleichfalls von allen Beamten und sonstigen Festangestellten erhoben werden solle. Die starken Abstriche sollten dartun, daß nichts unversucht geblieben ist, den Finanzbedarf im allgemeinen zu verringern. Die Notverordnung über den Gesamtkomplex der Arbeitslosenhilfe, der Deckungsfragen und der innenpolitischen Beruhigung werde nunmehr erst für Anfang nächster Woche erwartet. Der neue Etat fuße in den meisten Ressorts auf den vom alten Kabinett vorgelegten Plänen. Insbesondere ändere er auch nichts an der Behandlung der Tributzahlungen, für die Leertitel eingesetzt werden. Der Haushaltsplan umfaßt nur die neun Monate bis zum 1. April 1933.

Die deutsche Delegation für Lausanne

Noch keine endgültigen Dispositionen des Reichskanzlers

Berlin, 7. Juni. Die deutsche Delegation für die Lausanner Konferenz wird voraussichtlich am Dienstag die Reise nach der Schweiz antreten. Ihre Zusammensetzung steht entgegen anderslautenden Meldungen noch nicht in allen Einzelheiten fest. Es dürften an ihr teilnehmen: Reichsaußenminister Freiherr von Neurath und Staatssekretär Dr. von Bülow, Reichsfinanzminister Graf Schwerin-Krosigk, Reichswirtschaftsminister Professor Warmbold und Staatssekretär Dr. Trendelenburg. Dagegen hat Reichskanzler von Papen über seine Teilnahme an der Konferenz noch keine endgültigen Dispositionen getroffen. Ebenso ist auch noch nicht entschieden, ob der neue Leiter der Presseabteilung der Reichsregierung, Ministerialdirektor Dr. von Kaufmann, nach Lausanne geht. Fest steht bisher nur, daß Regierungsrat Dr. Wingen sich von Genf, wo er zur Zeit an den Verhandlungen der Abrüstungskonferenz teilnimmt, nach Lausanne begibt. Im übrigen wird die deutsche Delegation in Lausanne im Savoyhotel Wohnung nehmen.

Die Stellung der NSDAP. zur Regierung von Papen

München, 7. Juni. Die nationalsozialistische Parteikorrespondenz schreibt über die Haltung der NSDAP. zur Regierung von Papen: Dieses Kabinett sei nicht von der NSDAP. gebildet; die NSDAP. werde auch das neue Kabinett nach seinen Taten beurteilen. Bei der Reichstagswahl könne nicht abgeurteilt werden über die Taten einer Regierung, deren Arbeit kaum begonnen und die dieses Volksgericht lediglich verfassungsmäßig ermöglicht habe. Was nach diesem Volksgericht zu geschehen habe, werde Sache derjenigen sein, die durch Vertrauen des Volkes zur Führung berufen werden.

Stimmen zu Brünings Erklärung

Berlin, 7. Juni. Die Erklärung der Mitglieder des zurückgetretenen Kabinetts Brüning gegen den Wahlaufruf der Regierung von Papen findet in der Berliner Presse ein lebhaftes Echo.

Die „Vossische Zeitung" schreibt u. a.: „Die Diktion der Brüningschen Gegenerklärung entspricht ganz der Tonart der Reden und Kundgebungen, mit denen er sich während seiner Amtszeit wiederholt an das Volk gewandt hat."

Die rechtsstehende „Deutsche Allgemeine Zeitung" schreibt: „Mit besonderem Erstaunen wird man aus dem Manifest erfahren, daß bis zu 600 000 Arbeitslose demnächst wieder Brot und Arbeit erhalten sollten. Die finanziellen und technischen Voraussetzungen für dieses gewaltige Werk seien erfüllt gewesen. Was mag mit dieser Angabe eigentlich gemeint sein? Wenn das Kabinett Brüning das Rezept gefunden hatte, um mehr als eine halbe Million Menschen wieder in den Arbeitsprozeß einzufügen, da muß man sich fragen, weswegen diese außerordentliche Tatsache dem deutschen Volke erst mitgeteilt wird, nachdem die Regierung bereits zurückgetreten ist."

Der Hugenbergsche „Berliner Lokal-Anzeiger" nimmt besonderen Anstoß an den Bemerkungen des bisherigen Kabinetts über das Sonderinteresse von Parteien und kleiner Gruppen am Schluß der Erklärung. Er sagt dazu: „Die Schlußsätze der Erklärung, mit der mittelbaren Behauptung, daß das Kabinett von Papen „das Sonderinteresse von Parteien und kleinen Gruppen" vertrete, ist so abgeschmackt, daß eigentlich der Reichskanzler Brüning seinen Namen einer derartigen Erklärung nicht hätte hergeben sollen. Auch auf die politischen Kreise, die durchaus nicht berufen sind, das Kabinett von Papen zu verteidigen, wird diese Erklärung, gerade wegen des Schlußsatzes, keinen besonderen Eindruck machen."

Die „Germania" sagt zu der Erklärung des bisherigen Kabinetts: „Sie ist ein ungewöhnliches Schriftstück weil es ungewöhnlich ist, daß eine Regierung, die wahrhaftig eine Leistung aufzuweisen hat, von ihrer noch sehr unerprobten Nachfolgerin amtlich in einer Weise den klaren Tatsachen zuwider angegriffen wird, wie es bisher in Deutschland erfreulicherweise noch nicht Brauch war."

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK — Baden-Württemberg

„Wie Brüning ging“

Die „Münchner Zeitung“ veröffentlicht eine Darstellung der Begleitumstände des Kanzlerwechsels aus Kreisen, die infolge ihrer persönlichen Fühlungnahme mit dem Reichspräsidenten zuverlässig unterrichtet sein müssen. Der Sachverhalt wird folgendermaßen geschildert:

„Als der Reichspräsident nach Berlin zurückkehrte, lag die **Entscheidung des Oberreichsanwalts** in der Angelegenheit des Vorwurfs des Landesverrats gegen die SA. der Nationalsozialistischen Partei vor.

Diese Entscheidung des Oberreichsanwalts ging Hindenburg sehr nahe, weil er sich durch den nicht genügend oder nicht richtig begründeten Vorschlag des Reichsinnenministers Gröner zur Auflösung der SA. wenige Tage nach seiner Wiederwahl zum Reichspräsidenten in einer Weise bloßgestellt sah, die ihm für den Inhaber des Amtes als Reichspräsidenten fast unerträglich schien.

Als der Reichskanzler Dr. Brüning beim Reichspräsidenten zum Vortrag erschien, erklärte ihm Reichspräsident von Hindenburg, daß Herr Gröner **auch als Reichsinnenminister zu verschwinden habe**, jedenfalls wolle er, der Reichspräsident, unter keinen Umständen mehr von Gröner bedient werden. Es sei unverantwortlich und die Würde und die Autorität des Reichspräsidenten auf das schwerste schädigend, daß man das Staatsoberhaupt in diese Situation gebracht habe, sich vom Obersten deutschen Gerichtshof bescheinigen zu lassen, das Verbot der SA. sei auf einer unhaltbaren Rechtsgrundlage erfolgt. Der Reichspräsident äußerte den dringenden Wunsch, daß an der Zusammensetzung des Kabinetts Brüning auch hinsichtlich der Person des Herrn Gröner **vor der Lausanner Konferenz nichts mehr geändert werden solle**, doch lehne er Herrn Gröner **für die Zukunft** als Innenminister ab.

Reichskanzler Dr. Brüning habe darauf erklärt, Herr Gröner sei zwar der verantwortliche Fachminister, aber auch er, der Reichskanzler, sei mindestens **formell mitverantwortlich für das Verbot der SA.** Er müsse daher nach Rücksprache mit dem Kabinett aus der Haltung des Reichspräsidenten die Konsequenzen ziehen, um so mehr, als es ihm den Eindruck mache, als ob er überhaupt nicht mehr in der früheren Weise das Vertrauen des Reichspräsidenten besitze.

Auf diese Weise wurde ein plötzlicher Regierungswechsel, der gar nicht in der Absicht des Reichspräsidenten lag, zwingend.“

Was wird in Preußen?

v. Papen erbittet früheren Landtagszusammentritt

Berlin, 7. Juni. Wie das Nachrichtenbüro des V.d.Z. meldet, ist beim Präsidenten des Preußischen Landtags am Dienstag ein **Schreiben des Reichskanzlers** von Papen eingegangen, worin der Landtagspräsident gebeten wird, das Plenum des Preußischen Landtages, das nach den bisherigen Dispositionen am 22. Juni wieder zusammentreten sollte, **auf einen früheren Termin einzuberufen. Der Landtag soll dann den Versuch unternehmen, anstelle des geschäftsführenden Ministerpräsidenten Dr. Braun ordnungsgemäß die Wahl des neuen Ministerpräsidenten durchzuführen.** Es ist anzunehmen, daß das Landtagspräsidium dem Wunsche des Reichskanzlers entsprechen wird. Dem Nachrichtenbüro des V.d.Z. wird in preußisch-politischen Kreisen erklärt, daß auch beim Scheitern einer Wahl des Ministerpräsidenten nach Ansicht preußisch-politischer Kreise **nicht die verfassungsmäßigen Voraussetzungen für die Einsetzung eines Reichskommissars gegeben seien.** Man betont u. a., daß in Bayern bereits seit dem 8. August 1930 eine geschäftsführende Regierung amtiere, und daß auch in Sachsen, Hessen und anderen Ländern geschäftsführende Kabinette am Ruder sind. Man könne nicht Preußen für etwaige Finanzschwierigkeiten verantwortlich machen, die deshalb vielleicht entstanden, weil das Reich jetzt die 100 Millionen RM. nicht zahlen wolle, für die Preußen seine Siedlungsanteile an das Reich abgegeben habe.

Berlin, 7. Juni. Landtagspräsident Kerrl hat den **Aeltestenrat des Preußischen Landtags für Freitag**, den 10. Juni, einberufen. In dieser Sitzung soll die Entscheidung über eine etwaige frühere Einberufung des Landtages gefällt werden.

Notverordnung über den preußischen Etat?

Berlin, 7. Juni. Am Dienstag begannen, wie das Nachrichtenbüro des V.d.Z. hört, beim Reichskanzler von Papen **die Verhandlungen mit Preußen über die Ueberweisung jener 100 Millionen RM. vom Reich an Preußen**, die seinerzeit Preußen für die Ueberantwortung seiner Siedlungsanteile an das Reich zugesagt worden waren. Auf preußischer Seite sind an den Verhandlungen der stellv. Ministerpräsident Dr. Hirtsiefer, Finanzminister Klepper, Innenminister Severing und andere Ressorts vertreten. Von dem Ausgang dieser Verhandlungen wird es im wesentlichen abhängen, ob der **preußische Etat für 1932 durch Notverordnung** in Kraft gesetzt werden kann. Sollte die Summe bewilligt werden, dann ist die Verkündung des Etats durch Notverordnung noch für heute zu erwarten.

*

Finanzverhandlungen zwischen Preußen und Reich gescheitert

Berlin, 7. Juni. Die Besprechungen beim Reichskanzler von Papen mit den Vertretern der preußischen Staatsregierung über die Uebertragung von 100 Millionen RM. an Preußen aus Anlaß der Uebereignung der Siedlungsanteile stattfanden, haben kein positives Ergebnis für Preußen gehabt. **Es hat sich herausgestellt, daß das Reich im Augenblick diese 100 Millionen RM. an Preußen nicht übereignen kann**, womit im preußischen Haushaltsplan von 1932 ein ungedeckter Fehlbetrag von 100 Millionen RM. zuzüglich eines kleineren, sonst noch bestehenden Defizits entstanden ist.

*

Stellungnahme der Nationalsozialisten zur Ministerpräsidentenwahl in Preußen

Berlin, 7. Juni. Auf Rückfrage bei den Fraktionsvorsitzenden der Nationalsozialisten, Abg. Kube, ist der preußische Pressedienst der NSDAP. ermächtigt, zu erklären, **daß für die Nationalsozialisten nur die Kandidatur eines Nationalsozialisten zum Ministerpräsidenten in Frage kommt.** Die Nationalsozialisten lehnen es ab, ihre Stimme für irgend einen anderen Kandidaten abzugeben, da sie der Auffassung sind, daß der Willensbildung des Volkes Rechnung getragen werden muß und die stärkste Partei den Ministerpräsidenten zu stellen hat. Weiter wird erklärt, daß die Nationalsozialisten auch für keinen deutschnationalen Ministerpräsidenten stimmen würden.

Um das Amt des preußischen Ministerpräsidenten. — Eine deutschnationale Gegenerklärung.

T.U. **Berlin**, 7. Juni. Zu der Erklärung des Nationalsozialistischen Pressedienstes, für keinen deutschnationalen Ministerpräsidenten zu stimmen, wird von deutschnationaler Seite erklärt: Seitens der D.N.V.P. ist ein Anspruch auf das Amt des preußischen Ministerpräsidenten nicht erhoben worden. Verhandlungen über die Bildung des neuen Preußenkabinetts sind unsererseits weder mit der N.S.D.A.P. noch mit dem Zentrum geführt worden. Warum die N.S.D.A.P. es für nötig gehalten hat, aufgrund leerer Pressekombinationen eine deutschnationale Ministerpräsidentschaft im voraus grundsätzlich abzulehnen, entzieht sich unserer Kenntnis. Wenn, wie es den Anschein hat, die N.S.D.A.P. eine Aenderung der Verhältnisse in Preußen mit Hilfe des Zentrums erreichen will, so sieht die D.N.V.P. keine Veranlassung, dem Ergebnis dieser Bestrebungen vorzugreifen.

Zum 100. Todestage des Staatsmanns Friedrich v. Gentz.

Friedrich von Gentz, der berühmte konservative Publizist und Staatsmann, starb vor 100 Jahren, am 9. Juni 1832. 1764 in Breslau geboren, trat er bereits in jungen Jahren in den preußischen Staatsdienst und gab in Berlin mehrere Zeitschriften heraus. 1802 wurde er als kaiserlicher Rat nach Wien berufen, wo er immer stärker unter den Einfluß Metternichs geriet. Auf dem Wiener Kongreß und bei den Ministerkonferenzen in Paris wurde er mit der Führung des Protokolls betraut. Gentz gehörte zu den fruchtbarsten Vertretern der antidemokratischen Theorien.

Reventlow über Außenpolitik

Berlin, 7 Juni. Auf dem politischen Vortragsabend der diesjährigen „akademischen Woche“ sprach der **nationalsozialistische Reichstagsabgeordnete Graf Reventlow** über **„Außenpolitik und Abrüstung“**. Das erste Ziel einer nationalen Regierung, führte er aus, müsse sein, die heimatliche Produktion auf den höchsten Stand ihrer Leistungsfähigkeit zu bringen, denn nur ein wirtschaftlich unabhängiges Deutschland könne eine wirklich deutsche Außenpolitik treiben. Die bisherige Erfüllungspolitik lasse sich nicht plötzlich abbrechen, weil dadurch eine Katastrophe für das ganze Volk heraufbeschworen werde, für die kein Politiker die Verantwortung übernehmen könne. Der Redner trat für eine **Verständigungspolitik** ein, die aber auf Gegenseitigkeit beruhen müsse. Verhandlungen mit Frankreich brauche man nicht abzulehnen, aber man muß sie mit völliger Nüchternheit und ohne Sentimentalität führen. **Das Ziel der deutschen Außenpolitik bestehe in der Befreiung Deutschlands vom Versailler Vertrag, insbesondere von den Reparationslasten. Die privaten Schulden Deutschlands müßten jedoch als verbindlich anerkannt werden, wenn man auch gegenwärtig noch nicht sagen könne, wann Deutschland in der Lage sein werde, diese Zahlungen zu leisten.**

Graf Reventlow beschäftigte sich dann eingehend mit der **Abrüstungspolitik**, in der die Regierung Brüning den richtigen Standpunkt eingenommen habe. Sollte die Abrüstungskonferenz zu keinem Ergebnis kommen, werde Deutschland die Gleichberechtigung für sich in Anspruch nehmen. **An einen Angriff denke niemand.** Deutschland werde sich auch nicht in eine Aktion gegen Sowjetrußland hineinmanövrieren lassen. Eine ausgesprochen deutsche, dabei aber sozial denkende Regierung brauche keine Angst vor dem Bolschewismus haben.

Die neue amerikanische Steuervorlage

Washington, 7. Juni. Der Ertrag der Steuervorlage, der der Senat zustimmte, wird auf etwas **über 1 Milliarde Dollar** geschätzt. Sie bringt die von Hoover geforderte Ausgleichung des neuen Etats, der am 1. Juli beginnt, einen bedeutenden Schritt näher. Hoover unterzeichnete die Steuernovelle, so daß das Gesetz zwei Wochen später in Kraft tritt. Die in die Steuervorlage hineinpraktizierten **Zölle auf Kupfer, Petroleum, Kohle und Holz** gelten wie alle übrigen Bestimmungen der Novelle nur bis zum 1. Juli 1934. Man nimmt an, daß in der nächsten Session, wenn die Hochschutzzöllner eine Verlängerung der Laufzeit verlangen, damit das Signal zu einer allgemeinen Revision des Zollsystem gegeben wird. Die neuen Zollsätze können, da sie nicht im Zollgesetz stehen, während der Geltungsdauer der Novelle nicht vom Präsidenten erhöht oder herabgesetzt werden. Diese und andere Bestimmungen riefen starke Proteste zahlreicher Parlamentarier hervor. Insbesondere die in letzter Minute eingefügte **Einführung eines 1prozentigen Zuschlags auf alle Rechnungen für elektrischen Strom**, wurde als unsozial scharf angegriffen. Man zog aber eine Annahme der Novelle der Aussicht auf monatelangen erbitterten Kampf um einzelne Punkte vor, da der Kongreß nunmehr seit Dezember täglich etwa zehnstündig tagt und sehr abgespannt ist. Auch das **Sparprogramm zur Herabsetzung der öffentlichen Ausgaben** dürfte baldigst verabschiedet werden. Man hofft, bis Ende Juni die Session schließen zu können. Dann beginnt der demokratische Parteikonvent in Chikago und damit der eigentliche Wahlkampf. Man vermeidet es daher, strittige Fragen, wie den Beitrag zum Weltgerichtshof und der Prohibition, anzuschneiden. Auch in der Frage der Arbeitsbeschaffung für Industriearbeiter haben Senatoren Wagner und Robinson ihre weitgehenden Pläne zurückgestellt und werden sich mit 300 Millionen Dollar Anleihen an die Einzelstaaten begnügen.

Ist Ihr Kind kräftig genug für die Schule?

Manche Kinder gehen so frisch und unbekümmert zur Schule. Andere aber haben ein geheimes Grauen vor allem, was Schule oder Lernen heißt. Oft sind sie garnicht unbegabter; sie sind nur körperlich schwächer. Ihre Nerven versagen zu schnell — sie ermüden zu leicht .... Viele Mütter haben die Erfahrung gemacht, daß ein richtiger Kraftzuschuß zu dem täglichen Frühstück einem solchen Kinde eine unverhoffte Widerstandsfähigkeit verleiht. Sie geben dem Kinde ein paar Teelöffel der wohlschmeckenden Ovomaltine morgens in die Milch oder den Kaffee. Ovomaltine — eine konzentrierte Kraftnahrung aus Malz, Milch, Eiern und Kakao — ist seit Jahrzehnten in aller Welt bekannt und wird von den Aerzten empfohlen. Sie ist ganz leicht verdaulich und kräftigt sofort, ohne dem Magen ermüdende Verdauungsarbeit zuzumuten. Schon zu Mk. 1.15 erhalten Sie eine Dose Ovomaltine in der nächsten Apotheke oder Drogerie. Eine kostenlose Geschmacksprobe sendet auf Wunsch Dr. A. Wander G. m. b. H., Abt. H 72, Osthofen-Rheinhessen.

Hetzjagd hinter Ellinor

Roman von Margarete Ankelmann

Copyright by Martin Feuchtwanger, Halle (Saale)

[27

Plötzlich richtete sich John auf. Besinnend strich er sich über die Stirn, sah scheu zu George auf, murmelte, indem er sich hastig das Gesicht abwischte:

„Verzeih', George, daß ich mich so gehen ließ. Aber es kam so plötzlich über mich ...“

Und dann kam es leidenschaftlich von seinen Lippen:

„George, ich bitte dich, laß mich gehen!“

George Frank war tief erblaßt.

„Was, John, du willst von mir fort?“

„Ja, George! Ich ersticke hier in Neuyork. Das ganze Leben und Treiben beängstigt mich. Die Menschen um mich herum machen mich nervös ...“

„Sag', Kerlchen, hast du Heimweh nach England?“

„Heimweh? Nein! Ich habe ja nie eine Heimat gehabt. Aber ich möchte fort von hier. Fort, in ein anderes Land. Weit fort. Mein Blut ist so unruhig hier, George; irgendeine geheime Macht treibt mich hinaus. Ich glaube, ich habe eine Zugvogelnatur; ich werde wohl nirgends Ruhe finden.“

„Mein armer John! Das weite Amerika wird dir zu eng. Aber es sei, wenn du es willst. Wir werden reisen. Wohin du willst, damit du nur gesund wirst, Junge.“

Mit aufgerissenen Augen starrte John den Bruder an. Mühsam fragte er:

„Du willst mitkommen, George? Wirklich? Oh, das ist gut, mit dir zu reisen. Aber wir wollen bald fort — nicht wahr?“

„Gewiß, John, sobald ich meine Angelegenheiten hier geregelt habe. Aber das wird nicht so lange dauern. Ich werde inzwischen eine schöne Reiseroute zusammenstellen.“

In diesem Augenblick klopfte der Diener und brachte zwei Visitenkarten.

George las: Chief Constable Hugh Bruce. Die andere: Lord Grailing.

Eine freudige Ueberraschung lief über Georges Gesicht.

„Führen Sie bitte die beiden Herren gleich hierher.“

Dann wandte er sich zu John.

„Hoher Besuch, Johnny. Hugh Bruce, der Herr Polizeipräsident. Ob er wohl gleich einen Verhaftungsbefehl für dich in der Tasche hat?“

Erschreckt sahen zwei große Augen auf den Sprechenden. Ehe John indes etwas antworten konnte, öffnete sich die Tür, und mit fröhlichen Begrüßungsworten betraten zwei Männer den Raum. Den einen davon kannte John; es war Georges Freund, der mehrere Monate eine Auslandreise gemacht hatte, den zweiten hatte er noch nie gesehen.

„Mein lieber Hugh, schon zurück von deinem Urlaub? Ich heiße dich herzlich willkommen.“

„Ja, George, gesund und munter wieder gelandet. Und ich habe meinen Schwager mitgebracht, Edward Grailing, ein Londoner Staatsanwalt, der Schrecken der englischen Verbrecher. Sonst aber ein harmloser und erfreulicher Zeitgenosse.“

George begrüßte Lord Grailing und lud ihn ein, ebensooft sein Gast zu sein wie Hugh Bruce.

„Ich danke Ihnen vielmals, Mister Frank. Ich habe durch Hugh schon so viel von Ihnen gehört und freue mich, Sie kennenzulernen.“

Bruce hatte inzwischen John begrüßt, und George stellte jetzt dem Fremden den jüngeren Bruder vor.

„Aber John“, sagte jetzt Mister Bruce, „fein haben Sie sich herausgemacht in dem halben Jahr, da ich Sie nicht gesehen habe. Nichts erinnert mehr an das schmächtige Kerlchen, das mit George von der Ozeanfahrt kam. Lassen Sie sich mal anschauen. Na, Sie brauchen deshalb nicht rot zu werden wie ein junges Mädchen, John.“

Er wandte sich zu seinem Schwager.

„Schau' her, Edward, das da ist der musterhafteste junge Mann, der mir je vorgekommen ist — ein Beispiel an Tugend und Harmlosigkeit.“

„Na, na, Hugh“, sagte George, „gar so tugendhaft ist er gar nicht. Gerade erst hat er mir gebeichtet, daß die Polizei hinter ihm her ist wegen seiner Schnellfahrerei, und ich hab' ihn schon gefragt, ob du nicht einen Verhaftungsbefehl für ihn in der Tasche hast.“

„So stehen die Sachen — unter die Verbrecher ist John gegangen? Ja, da werden wir ihm wohl eine harte Strafe zudiktieren müssen, damit er die Autoraserei in Zukunft sein läßt. Sechs Monate Zuchthaus, Edward — nicht wahr, das wird die richtige Strafe sein?“

Alle lachten, sogar John mußte mitlachen, so schwer es ihm auch fiel; er hätte sich sonst verraten. Und es war ihm gar nicht zum Lachen zumute, so zwischen diesen beiden Männern, die natürlich keine Ahnung haben konnten, wer da mitten zwischen ihnen saß.

„Nur ein bißchen zu blaß ist der Junge, George“, sagte jetzt Bruce. „Ich glaube, er ist ein zu großer Träumer, müßte mehr unter Männer kommen. Ich sollte ihn ein Jahr in meine Hand bekommen, da würde erst ein richtiger Kerl aus ihm werden.“

„Laß ihn nur, Hugh, John ist schon richtig. Ich möchte gar keinen so wüsten Gesellen haben. Die Hauptsache ist, er taugt zu dem, wofür ich ihn brauche. Und ich glaube, er wird es einmal ganz gut verstehen, meine Geschäfte weiterzuführen, wenn ich nicht mehr da bin. Ich habe ihn schon etwas eingearbeitet, und er stellt sich außerordentlich gut an. Jetzt aber soll er ruhig weiter seine Jugend genießen, die Sorgen werden noch früh genug für ihn kommen. Im übrigen, Hugh, wie ist es heute abend, werden wir zusammen sein?“

„Ja, George, ich habe noch Urlaub bis übermorgen früh, bin heute also noch ein freier Mann. Ich denke, wir werden den heutigen Abend zusammen verbringen. Am liebsten wäre es mir, wir blieben allein bei dir. Ich möchte ein wenig ausspannen von den gesellschaftlichen Pflichten; habe in London genug davon genossen. Meine Frau ist natürlich noch drüben geblieben, bei einer Tante. Du kennst ja Gerty; sie kann nie genug bekommen, sie muß alles bis zur Neige auskosten.

(Fortsetzung folgt.)